

Die IG Metall fordert in der Krise 6,5% Lohnerhöhung, peilt knappe 4 % als Abschluss an – und will jetzt auch noch dafür streiken

## Ist die Gewerkschaft verrückt geworden?

1.

Für den demokratisch und ökonomisch gebildeten Sachverstand liegt die Antwort auf der Hand. 6,5 % Forderung, knappe 4% Abschluss mitten im Abschwung? Die Hüter der gesamtwirtschaftlichen Vernunft geben sich entsetzt über die „völlig überzogene“ Vorstellung, deren Durchsetzung alle Hoffnungen auf einen erneuten Wirtschaftsaufschwung zunichte machen würde. Vernünftig wäre vielmehr – wie von der IG Chemie vorexerziert – die Fortsetzung der „Tarifpolitik mit Augenmaß“. So lautet der beschönigende Ausdruck für die mehrjährigen Tarifverträge der letzten Jahre, die den Beschäftigten Reallohnverluste bescherten und den Unternehmern Planungssicherheit bei der Verbilligung der Arbeiter verschafften. „Gerade jetzt“ im Abschwung soll „gesamtwirtschaftliche Vernunft“ – das heißt bei Forderungen von unten immer Zurückhaltung – geboten sein. *Gerade jetzt?*

Vor dem Aufschwung gebot diese „Vernunft“: *Gerade jetzt*, wo die Wirtschaft allmählich wieder in Fahrt kommt, wären Reallohnerhöhungen tödlich für die Erholung der Wirtschaft. Als der Aufschwung *da* war, hieß die Parole: *Gerade jetzt* gilt es, die Konjunktur mit langfristigen Tarifverträgen über moderate Löhne *nachhaltig* zu machen. Und *im* Abschwung? – Genau: *gerade jetzt* würden Lohnerhöhungen die Rezession verstärken, den Weg aus der Krise verbauen. Wann ist also der richtige Zeitpunkt für Lohnforderungen? – Nie, weil immer konjunkturschädlich!

Das ist die ganze wirtschaftliche Vernunft der Sachverständigen: Das Interesse der Arbeiter stört immer. Standort, Wachstum, Staatshaushalt – alles funktioniert und floriert nur, wenn die Beschäftigten permanent verzichten, bescheiden ihren Dienst tun und das richtige Verdienen denen überlassen, die ihnen Arbeit „geben“. Es gäbe also für eine Interessenorganisation der Beschäftigten Grund genug, diese Vernunft als das zu denunzieren, was sie ist: das ins Allgemeininteresse übersetzte Privatinteresse der Kapitaleigentümer.

2.

Tut das die IG Metall? Hat sie nun vor, mit Lohnforderungen für Wachstum zu sorgen – auf den Lohnkonten ihrer Mitglieder? Zieht sich die Gewerkschaft daher den Vorwurf zu Recht zu, sie habe sich von dieser „marktwirtschaftlichen Vernunft“ abgewendet? Verabschiedet sie sich von ihrer „Tarifpolitik mit Augenmaß“, die dem Prinzip folgte, dass das Lohninteresse ihrer Mitglieder das Wachstum der Marktwirtschaft immer stört und daher in allen Phasen der Konjunktur den Gewinnen der Kapitalisten unterzuordnen ist? Leider liegt ihr nichts ferner. Sie will sich auch in der Tarifrunde 2002 nicht zum Mittel des Interesses ihrer Mitglieder machen und eine „Lohnmaschine“ werden. Das geht aus den Begründungen hervor, mit denen sie ihre aktuelle „Unbescheidenheit“ rechtfertigt:

„Die zurückliegenden Jahre zeigen, dass Zugeständnisse bei Tarifabschlüssen nicht zum Aufbau von Arbeitsplätzen geführt haben. [...] Der im Tarifabschluss 2000 für Beschäftigungsaufbau ‚reservierte‘ Produktivitätszuwachs wurde von den Arbeitgebern nicht annähernd zugunsten neuer Arbeitsplätze ausgeschöpft, sondern zur Steigerung der Gewinne verwendet.“ (Erklärung der Großen Tarifkommission der IG Metall vom 17. Januar 2002)

Die Begründung für die Abkehr von der bisherigen Tarifpolitik lautet also: „Der Lohnverzicht schuf keine Arbeitsplätze“. – Fragt sich nur, wer behauptet hat, Lohnzurückhaltung bringe Arbeitsplätze? Es war die Gewerkschaft, die in den letzten Jahren auf Lohnzuwächse verzichtet hat und zugleich darauf bestanden hat, das liege im Interesse der Arbeiter und Angestellten. Sie ersparte den Unternehmern Lohnkosten und behauptete zugleich, damit habe sie nicht der Gegenseite genützt, sondern vor allem den Arbeitslosen unter ihren Mitgliedern. Gerade

dadurch, dass sie den Unternehmen Geld ließ, wollte sie den Arbeitern etwas Gutes getan haben. Sie begründete ihre „maßvollen Tarifabschlüsse“ damit, das Lohn-Opfer der Beschäftigten ermögliche es den Unternehmen, Arbeitsplätze zu schaffen. Das hat zwar auch der versammelte Sachverstand aller führenden Konjunkturforschungsinstitute behauptet, ist aber nichtsdestoweniger volkswirtschaftlicher Unsinn. Arbeitsplätze sind in der Marktwirtschaft kein Gegengeschenk der Unternehmer an die Lohnarbeiter, mit denen sie sich für Zurückhaltung an der Lohnfront bedanken. Neue Arbeitsplätze werden immer nur dann geschaffen, wenn sich mit der Arbeit derer, die an ihnen arbeiten, zusätzliche profitable Geschäfte machen lassen. Und derlei Geschäfte entstehen nicht dadurch, dass die schon Beschäftigten auf Lohn bzw. Lohnerhöhungen verzichten. Wenn sie also nur geschaffen werden, weil und solange sie für das Gewinninteresse taugen, dann sind sie eben keine Gegenleistung für Lohnverzicht. Wenn sich Investitionen in neue Arbeitsplätze *nicht* lohnen, gibt's keine. Und dann kann man die Unternehmer durch keine Vorleistung und kein Opfer dazu bringen, Arbeitsplätze zu stiften, die gemäß ihrer Kalkulation reine Geldvernichtungsmaschinen sind. Die Kapitalisten haben daher den Lohnverzicht einfach eingesteckt, ihre Gewinne gesteigert und sich den Umweg über eine Expansion der Ausbeutung gespart. Wenn sich neue Arbeitsplätze gelohnt hätten, hätten sie schon welche „aufgebaut“, aber dann wäre es keine Gegenleistung gewesen. Da sie sich nicht lohnten, gab es keine, ja mehr noch: die durch Lohnverzicht eingesparten Lohnkosten standen für weitere Rationalisierungen der bestehenden Arbeitsplätze zur Verfügung. Man kann demnach die Unternehmer durch Opfer und Vorleistungen nicht nur nicht dazu veranlassen, neue Arbeitsplätze zu schaffen; vielmehr vergrößert man dadurch nur ihre Freiheit, ihr Kapital dort und so einzusetzen, wo bzw. wie es maximale Renditen abwirft.

Das ist den Gewerkschaftsstrategen nicht unbekannt. Wenn sie sich von dieser ökonomischen Praxis der Unternehmer enttäuscht zeigen, dann wird daran deutlich, dass sie selber ihr Gesetz, nach dem den Unternehmern überlassene Produktivitätszuwächse die Produktionsausweitung und diese die Beschäftigung fördere, nie wirklich geglaubt haben. So beschimpft etwa der DGB-Vorsitzende Schulte die Unternehmer als „Ganoven“, weil sie den „für neue Arbeitsplätze reservierten Produktivitätszuwachs“ in die eigenen Taschen gesteckt hätten. Wer den Unternehmern vorwirft, sie seien eine Gegenleistung schuldig geblieben, gibt damit zu erkennen, dass er mit dem Lohnverzicht keineswegs einem ökonomischen Gesetz gehorcht hat, sondern die Gegenseite moralisch verpflichtet wollte. Jahrelang haben die Gewerkschaften ihren Mitgliedern erzählt, in der Zurückhaltung an der Lohnfront habe man den ökonomischen Hebel zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Diesem ökonomischen Gesetz gehorchend, brauchten sie sich von der Öffentlichkeit nicht mehr länger vorhalten zu lassen, sie verträten in Lohnrunden immer nur egoistisch ihre Interessen als Arbeitsplatz-„Besitzer“ zu Lasten der Arbeitslosen. Im Gegenteil: gerade so zeigten sie sich mit ihren arbeitslosen Kollegen solidarisch. Jetzt stellt sich in der Beschimpfung der Unternehmer, sie seien ihre Gegenleistung schuldig geblieben, heraus, dass der behauptete Zusammenhang „Lohnverzicht schafft Arbeitsplätze“ nicht nur kein Gesetz ist, sondern dass die Gewerkschaft das auch noch weiß.

Die Gewerkschaft beharrt jedoch darauf, dass das Opfer, das sie ihre Mitglieder in den letzten Tarifabschlüssen hat bringen lassen, die Gegenseite zur gewünschten Gegenleistung des „Beschäftigungsaufbaus“ hätte veranlassen müssen. Weil die sich nicht in das gewerkschaftlich zusammenphantasierte Gemeinschaftswerk für mehr Beschäftigung hat einbinden lassen,

gibt sich die IG Metall jetzt beleidigt. Die von ihr an den Tag gelegte Verantwortung für „die“ Wirtschaft wurde von den Unternehmern mit egoistischer Verantwortungslosigkeit beantwortet, indem sie sich das Lohnopfer einfach als zusätzliche Gewinne in die eigenen Taschen stopften. Wenn die Gewerkschaft fortwährend zu Gunsten der gemeinsamen Sache Standort Deutschland auf die Interessen der Gegenseite

Rücksicht nimmt, dann kann sie doch wohl Gegenleistung erwarten! Wenn nicht, dann berechtigt sie das, aus „Revanche“ mal die Lohninteressen ihrer Mitglieder in den Mittelpunkt zu stellen. Glaubt die Gewerkschaft denn jetzt wenigstens an ihre Einsicht, dass sich Rücksicht auf den Gewinn des Kapitals nicht aus-

**Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben**

### GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

## Vortrag mit Diskussion

# Der amerikanische Krieg gegen den Terror verändert die Welt II

- Das gigantische Rüstungsprogramm der mächtigsten Militärmacht des Globus: Kriegswirtschaft heute
- Die weltpolitische Degradierung der imperialistischen Partner und Konkurrenten aus Europa

Donnerstag, 13. Juni 2002, 20.00 Uhr  
K4 im Künstlerhaus (Ex-KOMM), Festsaal  
Nürnberg Königstr. 93

weiterer Termin: 04.07.02, Thema steht noch nicht fest  
[www.gegenstandpunkt.com/gegenstandpunkt@t-online.de](http://www.gegenstandpunkt.com/gegenstandpunkt@t-online.de)

## Die neuen Leiden des großen D – Hilfsdienste im US-„Krieg gegen den Terror“

So gut wie jeden Tag kann man es der Zeitung entnehmen: Deutschland befindet sich im Krieg. Ausführlich wird man darüber informiert, dass das, was mit Bosnien, Kosovo, Mazedonien anfang, sich auf Somalia, Kuwait und schließlich auf Afghanistan ausgedehnt hat. Den „Krieg gegen den Terror“, wie ihn die USA weltumspannend aufgezogen haben, will Deutschland die große Führungsmacht keinesfalls alleine führen lassen. Wo geschossen wird, da soll mitgeschossen werden – das ist ein ganz eigener Sachzwang, für dessen Erfüllung Regierung und Opposition einhellig einstehen und wofür die Gewaltmittel der Nation Zug um Zug mobilisiert werden. Außenminister Fischer sagt, worum es geht: „Dass wir jetzt fest an der Seite Amerikas stehen, das entscheidet das weltpolitische Gewicht Deutschlands für die nächsten 30 Jahre.“

„Weltpolitisches Gewicht“ – wer so redet, dem ist selbstverständlich, dass Deutschland sich mit eigener Gewalt bei der Klärung all der anstehenden Gewaltfragen zu beteiligen hat, also zum Krieg *bereit und fähig* sein muss, und der meldet damit auch gleich den Anspruch an, dabei eine *entscheidende* Rolle spielen können, zu denen zu gehören, die führen, und nicht zu denen, die geführt werden. Kanzler Schröder pflichtet ihm bei:

„Die Etappe der Nachkriegspolitik ist endgültig vorbei, in der Deutschland sich an internationalen Einsätzen nur durch sekundäre Hilfsdienste beteiligte.“ (Schröder)

Mit „internationalen Einsätzen“ sind internationale *kriegerische* Einsätze gemeint – und mit dieser „Etappe der Nachkriegspolitik“, in der sich Deutschland in *dieser* Hinsicht nicht genügend hervorgetan hat, muss nun „endgültig“ Schluss sein, weiteres Zurückstehen in *dieser* Hinsicht würde Deutschlands „weltpolitisches Gewicht“ mindern. Das rot-grüne Deutschland will endlich aktiv das Kriegsgeschehen mitbestimmen und nicht mehr auf „sekundäre Hilfsdienste“ beschränkt sein. Deutschland will anderen Nationen Vorschriften machen, wie sie regiert werden, bzw. im Namen fremder Völker gegen deren Regierungen vorgehen. Deutschland nimmt sich das Recht heraus, anderen Staaten vorzuschreiben, welche Gewalt ihnen erlaubt oder verboten ist, was sie in ihrer Weltregion – und seien sie noch so weit von Europa entfernt – dürfen. D. h. Deutschland sieht seine Interessen überall auf der Welt tangiert und will daher *seine* Ordnungsvorstellungen auch mit Waffengewalt gegen die Interessen anderer Staaten durchsetzen. Hier abseits zu stehen, wäre für *diesen* weltumspannenden Anspruch so etwas wie eine Schädigung deutscher Interessen.

Eben dieses Deutschland, das immer mehr an menschlichem und sachlichem Kriegsmaterial in die Welt hinausgeschickt, schlägt dann aber bei der *Selbstdarstellung* seiner Kriegseinsätze ganz andere Töne an: Zu ihren Auslandstruppen und deren kriegerischem Einsatz will

**Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben**

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

### Die Argumente der Geschichtswissenschaft

# Lauter Hintergründe, warum es so kommen musste

## 1. Die Geschichte: angeblich bedeutsam für das Heute

Die Geschichtswissenschaft beschäftigt sich mit den unterschiedlichsten Dingen, die inhaltlich nichts verbindet. Das einzige, was sie gemeinsam haben, ist, dass es sie nicht mehr gibt. Genau das macht die verschiedenen Dinge zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft.

Dass man es genau deswegen wohl mit einer Luxusbeschäftigung zu tun hat, die weiter zu nichts taugt – immerhin existiert das Zeug ja schon mehr oder weniger lange nicht mehr – dem widersprechen Historiker vehement. „Geschichtslose Generationen“ gelten ihnen als Anfang vom Ende der Kultur und noch jeder kennt die Aufforderung, „aus der Geschichte zu lernen“ –, was nur geht, wenn das Vergangene für die Gegenwart einen Erkenntniswert hat. Dies schließt die Behauptung ein, dass das Heute nur richtig verstehen kann, wer einen Blick auf das Gestern wirft.:

„Wenn man die Gegenwart begreifen will, muss man sie aus ihrer Herkunft begreifen.“

Das kann gar nicht sein: Denn wenn das Gestrige wirklich ein Teil der Erklärung des Heutigen wäre, dann würde man bei der Analyse der Gegenwart schon auch drauf stoßen. Soll man zuerst die Vergangenheit studieren, so verweist das darauf, dass das Vergangene wohl herzlich wenig Bedeutung für die Erklärung der Gegenwart hat. Die Aufforderung, man solle sich gerade zum Verständnis des Heute erst einmal dem Gestern widmen, ist also eine Aufforderung zum Gegenstandswechsel. Man soll sich erst einmal mit etwas ganz anderem beschäftigen, was heute noch nicht einmal mehr existiert – das aber nicht wegen des Vergangenen, sondern wegen des Heute!!! Titel wie „Die Aktualität des Archipel Gulag“, „... der Einigungsbemühungen Karls des Großen“, „...des Mittelalters“ etc. sprechen aus, was die Unterstellung aller heutigen Geschichtswissenschaft ist: Die widersprüchliche Behauptung, dass die Befassung mit etwas, was es *nicht* mehr gibt, *Wesentliches* über das Spätere zu Tage fördern soll. Damit ist dann aber auch klargestellt, dass sich Geschichtswissenschaft weder mit dem Heute, noch mit dem Vergangenen oder dem Vorvergangenen für sich befassen will, sondern mit jedem Vorzustand *als* etwas für die Nachwelt *Bedeutsamem*, und mit jedem Nachher *als Gewordenem*!

## 2. Das Ausgangsdogma der Geschichtswissenschaft: Alles historisch bedingt!

Das Grund-, Haupt- und Oberdogma aller Geschichtswissenschaft steht damit fest:

„Die Dinge sind geschichtlich bedingt. Sie sind an ihre Zeit gebunden. Wenn man darum eine Epoche begreifen will, muss man sie aus ihrer Herkunft begreifen...“

Statt sich zu fragen, was eine Sache ist, widmen sich Historiker der Frage, *woher sie kommt*. Den Begriff des Entstandenen setzt der Historiker kurzerhand in eins mit dessen Entstehen. Die Frage, was war, beantworten Historiker dann schon – aber wie:

„Der Erste Weltkrieg ist tief in den Traditionen des 19. und des beginnenden 20. Jhds. verwurzelt...“

Oder

„In diesem Sinne ist Auschwitz eine Reaktion auf den Archipel Gulag. Hier ist die tiefste Wurzel von Hitlers extremsten Handlungsimpulsen zu suchen...“

Was weiß man über den Ersten Weltkrieg, wenn man weiß, dass er angeblich lange Wurzeln hatte; was weiß man über Hitlers Ausmerzungsaktion gegen die Juden, wenn man diese als angebliche Kopie einer anderswo vorausgegangenen „asiatischen Tat“ betrachtet? Erstens: *Nichts* – weil man nie etwas über eine Sache erfährt, wenn man weiß, woraus sie hervorgegangen ist. Die Latte ließe sich im übrigen beliebig fortsetzen, ohne dass auch nur irgendeine Bestimmung einer historischen Epoche herauskommt: Das III. Reich ist aus dem II. hervorgegangen, dieses aus dem alten Zentralstaat; der war seinerseits ein Produkt des Feudalismus und der ist aus dem Niedergang des Römischen Reiches entstanden ... Zweitens erfährt man, dass diese Ereignisse angeblich *Folgen* von anderen historischen Ge-

gebenheiten darstellen, von denen man ebenfalls nichts erfährt außer, dass aus ihnen der Erste Weltkrieg bzw. Auschwitz *hervorgegangen* sein soll. Was z.B. die Judenverfolgung im Faschismus zur Kopie einer anderswo stattgefundenen Massenvernichtung macht, bleibt ebenso ungeklärt wie die Frage, *worin* der „Reiz“ des Archipel Gulag für den „reagierenden“ Hitler bestanden haben soll. Genau besehen liegt nur eine Analogie, ein *Entsprechungsverhältnis* vor: Massenvernichtung hier wie dort, von der der Historiker einfach *frech behauptet*, dass sie in einem Verhältnis von Grund und Folge, Ursache und Wirkung stünden. Eine Behauptung, die rationell betrachtet überhaupt erst des *Beweises bedürfte*, warum und *inwiefern* die russischen Praktiken die Nazis zur Nachahmung bewogen haben. Die Frage so gestellt, wird aber auch sofort die kleine Lüge vom „Reiz“ Archipel Gulag offenkundig: Dass Hitler einfach nachgemacht hat, was ihm die Russen vor-exerziert haben, nämlich missliebige Bürger zu massakrieren, will schließlich auch keiner behaupten. Dann geht es aber darum, was den Nazis am Archipel Gulag so nachahmenswert erschienen ist, und der Archipel Gulag als wie auch immer geartete Ursache würde sich aus der Analyse herauskürzen, weil alles daran hängt, *welche Zwecke* die Faschisten an den Juden exekutiert haben.

Aber genau diese Frage ist programmatisch getilgt, wenn an die Stelle der Erklärung der Eigenart eines vergangenen Ereignisses, aus der sich historische Verweise allererst ergeben könnten, die Behauptung tritt, jedes Ereignis könne nur aus seinem „historischen Kontext“ erklärt werden. Das methodische Programm, alles aus seiner Herkunft zu deduzieren, setzt an die Stelle einer Befassung mit den Begebenheiten ein endloses Knüpfen von Beziehungen zwischen der unerklärten Sache und lauter – genau so unerklärten – angeblichen „Voraussetzungen“, deren „Wirkung“ das historische Ereignis sein soll.

## 3. Die Suche nach „Bedingungen“, „Triebfedern“ und deren „Auslösern“

Geschichtswissenschaft ist daher das methodische Gebot, der völlig *beziehungslosen* Abfolge in der Zeit – erst ist dies passiert, dann jenes, und dann jenes, und dann ... – einen höheren Stellenwert als den eines schieren Nacheinanders beizumessen. Es ist das Gebot, einen *inneren Zusammenhang* zwischen Vorher und Nachher zu *konstruieren*.

### a) Das Postulat eines inhaltlichen Zusammenhangs von Vorher und Nachher: Bedingung

Dass der zu erklärende Gegenstand mit anderen Gegebenheiten, die vorher existiert haben, *logisch* überhaupt etwas zu tun hat, wollen Historiker mit einer Formel bewiesen haben, die so plausibel klingt, wie sie trügerisch ist: *ohne Vorher kein Nachher!*

Zweifellos hat es viel Vorher vor den Nachhers gegeben. Nur, was beweisen die zentnerweise von den Historikern angeschleppten Voraussetzungen? Selbst wenn *ohne* das eine oder andere Vorher ein Ereignis *nicht* – oder *nicht so* – hätte stattfinden können. Was weiß man, wenn man z.B. weiß, dass Hitler ohne das ausgebaute Netz der Reichsbahn nicht so viele Wahlkreise hätte abklappern, „also“ nicht so viele Leute in so kurzer Zeit hätte beharken können? Erklärt das etwa, warum er sie „verführen“ und die Wahl gewinnen konnte? Was weiß man, wenn man weiß, dass z.B. *ohne* Erfindung des Schießpulvers und *ohne* Erfindung des Gewehrs Erzherzog Franz Ferdinand *nicht* hätte erschossen werden können? Sagt das irgend etwas über das Attentat von Sarajewo aus? Oder umgekehrt: Was ist nicht alles „ohne Gewehr“ „nicht denkbar“: die neuzeitliche Jagd, standrechtliche Erschießungen, jede Menge Krieg und Militärtaktik, Schützenvereine und Amokschützen, Biathlon, der Wilde Westen, und, und, und ... Und nichts von all dem ist damit bestimmt, dass es ohne Gewehr nicht geht. Da müsste man schon sagen, was da *mit* Gewehr jeweils geht.

### b) Die konstruierte Notwendigkeit in der Geschichte: Identifikation von Bedingung und Grund

Historiker wollen mit ihrem Bedingungsgehübere auf etwas hinaus: Ihre Ohne-Nicht-Logik, die todernst gemeinten Sophistereien nach dem Kinder-Motto: „Was wäre nur aus mir geworden, wenn der Großvater die Großmutter nicht geheiratet hätte?“, Argumente des Kalibers: „Jedes Vorher hat seinerseits selbst viele Vorhers, ist also Vorher und Nachher, Bedingung und Bedingtes zugleich (Wahnsinn!). Wäre die Neuzeit ohne Mittelalter überhaupt möglich gewesen?“ (man stelle sich nur vor: ohne Vergangenheit stünden wir echt im Hemd da) – all dies *suggeriert* eine *Notwendigkeit*, die die angeführten puren Voraussetzungen einfach nicht hergeben: Dass der habsburgische Thronfolger *ohne* die Erfindung des Schießgewehrs *nicht* hätte erschossen werden können, heißt noch lange nicht, dass er *mit* demselben erschossen werden *musste*. Das Vorhandensein eines Mittels ruft halt noch lange keinen Zweck ins Leben, die *Möglichkeit* eines Attentats ist noch lange nicht die *Wirklichkeit* desselben.

Das macht einem Historiker aber gar nichts. Etwas komplizierter ausgedrückt, so dass die Bestimmtheit und damit auch die logische Differenz der Verhältnisbestimmungen Bedingung und Bedingtes, Ursache und Wirkung, Grund und Folge hinter vagen Andeutungen zum anvisierten Zusammenhang zurücktritt – und fertig sind veritable historische Fragestellungen: „Zum Verhältnis von Waffentechnik und kriegerischen Entwicklungen 1903–1918“, „Der Fortschritt des modernen Verkehrswesens unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des zentralistischen Verwaltungsstaates zum Totalitarismus“ u.ä.

Es handelt sich um die pure *Prätention* einer *Beziehunghaftigkeit* historischer Ereignisse, die durch das willkürliche In-Beziehung-Setzen mittels reichlichen Gebrauchs von Präpositionen und Konjunktionen (wie „und“, „von“, „zu“) belegt wird.

### c) Die Bekräftigung des Fehlers: das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile

Zwar will kein Historiker vertreten, der I. Weltkrieg habe *wegen* der Erfindung des Schießpulvers stattgefunden, der Faschismus *wegen* des bereits eingerichteten Zentralstaats entstanden, oder Hitler sei *wegen* des erweiterten Schienennetzes der Reichsbahn ans Ruder gekommen; aber von der Idee einer Notwendigkeit des Geschichtsablaufs will trotzdem keiner lassen. Dass man aus Schießgewehr, Zentralstaat und Reichsbahn den I. Weltkrieg und den Faschismus *nicht* ableiten kann, gibt einem Historiker deswegen auch nur in einer Hinsicht zu denken: als *Schwierigkeit* nämlich, seine fixe Idee zu beweisen.

Und dieses, sein Beweisproblem deutet er kurzerhand in eine Eigenschaft des Geschichtsverlaufs um: Da hat man es angeblich mit lauter historischen „*Faktoren*“ zu tun, die alle „irgendwie“ ihren *Beitrag* zur Entstehung der Sache leisten –, *ohne* dass man genau sagen könnte *wie*. Woher man dann überhaupt wissen kann, dass Schießpulver und Gewehr, Zentralmacht und Reichsbahn an der Entwicklung des I. Weltkriegs oder an Hitlers Macht-ergreifung mitgewirkt haben, wenn man den bestimmten, positiven Beitrag des einzelnen Faktors gar nicht angeben kann, wird das ewige Geheimnis der Zukunft bleiben.

Aber *so* – und nur *so* – lässt sich das *Ideal* aller historischen Erklärung umsetzen: *für sich* genommen soll zwar *keiner* der Faktoren erklärungs-fähig sein, *zusammengenommen* sollen diese Einzelteile dann aber *schon* so etwas wie ein geschlossenes Bild ergeben, das Einblick in den Gang der Geschichte gewähre. Die *Addition* von puren Voraussetzungen deutet noch jeder Historiker klammheimlich in eine *neue Qualität* der Geschichte um – in eine „*Lage*“, angesichts der es der Chronist (und sein Publikum) schon viel verständlicher finden, dass es kam, wie es gekommen ist.

### d) Der tautologische Rückschluss vom Ereignis auf seine Möglichkeit: die Lage

Aus den reihenweise angekartten Voraussetzungen kann sich die Eigenart der behaupteten „*Lage*“ nicht ergeben; die angeblichen „*Faktoren*“ geben den Übergang ja gar nicht her. Die „neue Qualität“ „erschließt“ sich dem Historiker vielmehr aus dem, worauf er schließen will: Da erfährt man dann beispielsweise über die „*Lage*“ vor dem I. Weltkrieg, dass die internationale Situation dermaßen „verworren“ war, dass „die *Spannungen* zwischen den Großmächten“ sich letztendlich auf dem Schlacht-

feld „entladen“ mussten; oder sie war derart von „Großmachtstreben“ dominiert, dass man „die *Lage*“ einfach als rundum „*kriegsträchtig*“ beschreiben muss. Oh Tauto! Warum kam es zum Krieg? – Weil „*Spannungen*“ sich „entladen“ mussten; selbstverständlich da, wo sie sich dann auch entladen haben, auf dem Schlachtfeld; die Situation war eben *kriegsträchtig*. Dem geschichtlichen Ereignis wird eine vorhergehende „*Lage*“ gleichen Inhalts zugeordnet, die sich vom zu begründenden Faktum nur dadurch unterscheidet, dass sie als *Tendenz dazu* ausgedrückt wird!

### e) historische Sinnstiftung: unausweichlich

Dass die Erklärung eines Ereignisses aus einem *Schwangergehen mit sich selbst* überhaupt als die respektable Angabe eines Grundes durchgeht, erklärt sich seinerseits nur aus dem *verkehrten Bedürfnis*, das die Historikerzunft umtreibt: In der festen Absicht, statt der Notwendigkeit eines Ereignisses, seinen Gründen eben, die Notwendigkeit des *Eintretens* eines Geschehens – und zwar ganz getrennt von einem *Zweck*, der selbiges bewerkstelligte! –, also dessen *Zwangsläufigkeit* beweisen zu wollen, vermittelt sie mit der Diagnose „*Kriegsträchtigkeit*“ das höchst begriffslose *Verständnis*, dass ein Krieg wohl auf der Tagesordnung stand – na dann!

Alles, was passierte, gilt somit als *Eigenschaft der Zeit*, in der es passierte. *Subjekt* des Krieges sind damit auch nicht die agierenden *Staaten* und deren kriegsträchtige Zwecke, sondern ein ominöses *Wesen* des beginnenden 20. Jahrhunderts, das einen starken „*Hang*“ zum Militarismus aufwies und so der damaligen „*Staatenkonstellation*“ seinen Stempel aufdrückte...

### f) Die „historische Situation“: Ein Schwangergehen mit sich selbst, das eines Auslösers bedarf

Wenn die „historische Situation“ durch die Tendenz dazu bestimmt ist, dann stellt sich für Historiker nur noch eine Frage: Wie konnte z.B. aus der *Möglichkeit* des I. Weltkrieges seine *Wirklichkeit* werden, welche Umstände brachten die schlummernden Kräfte zum Wirken. Deswegen wendet sich das Historikerinteresse stets und konsequent der falschen Frage zu, welcher *Anlass* die fix und fertige Konstellation zum Ausbruch brachte, was denn nur den zwangsläufigen Gang des Ereignisses *ausgelöst* habe. Und da kennen sie sich aus: Das Attentat auf Franz Ferdinand in Sarajewo am 28.6.1914, das seinerseits nur zur „*Bedingung*“ werden konnte, weil das damalige „*internationale Klima*“ ein brodelndes Fass war, das nur den berühmten Tropfen brauchte, um es zum Überlaufen zu bringen, was wiederum daher rührte, dass die Staaten sich schon längere Zeit (seit 1823? 1871? 1907?) nicht mehr vertragen...

So kommt es, dass das Erfinden von *Metaphern* in der Geschichtswissenschaft als *Argument* gilt. Die Legenden vom „*Ausbruch*“, aber auch von der „*mutwilligen Entfesselung*“ des I. Weltkriegs verdanken sich exakt dieser Logik: Das Bild, dass ein Krieg ausbricht wie ein Gewitter, oder wie ein Pulverfass explodiert, aber auch die Umkehrung, dass die Staatenlenker *statt* Frieden zu halten mit dem *Feuer* (gefährlich!) gespielt haben, bebildert das Vorurteil von den selbständigen Kräften, die in der Historie am Wirken wären – und von den Auslösern, die die schlummernden Kräfte geweckt hätten.

### g) Von den Stilmitteln einer konstruierten Notwendigkeit

Logisch ist das alles überhaupt nicht. Damit hier überhaupt ein *Schein von Notwendigkeit* aufkommt, ist die *Form der Darstellung* nicht zu vernachlässigen. In die mehr oder weniger locker erzählte Chronik der Ereignisse werden die willkürlich konstruierten Zusammenhänge von Grund und Folge, die erfundenen Triebfedern, Tendenzen und Geister-subjekte, wie „das *Wesen* einer Epoche“ oder die „*Traditionen* des Abendlandes“, so eingeflochten, dass schon über die Art der Präsentation ein Hauch von Folgerichtigkeit entsteht.

**Fortsetzung Seite 4, Spalte 3**

**Sozialistische Gruppe  
Erlangen Nürnberg (SG)**  
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen  
**www.sozialistischegruppe.de**  
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E. Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

**DIE IGM FORDERT 6,5% LOHNERHÖHUNG – Fortsetzung v. Seite 1, Spalte 4**

zahlt? Dass man also lieber ordentlich Geld fordert, statt die Konkurrenz zu eröffnen, wer der Verantwortlichste im Lande ist?

**3.**

Die Gewerkschaft gibt sich demonstrativ belehrt. Sie muss „Kontra“ geben. Verlangt sie jetzt womöglich die insgesamt mindestens 8 % „Lohnverzicht für Arbeitsplätze“ der letzten Tarifrunden zurück, wo das mit der eindeutigen Zweckbindung ihrer Lohngeschenke nicht geklappt hat, um dann ihre eigentliche Forderung draufzusatteln? Weit gefehlt. Eine bekanntermaßen „radikale“ Gewerkschaft wie die IG Metall ist schließlich nicht nachtragend. Sie war ganz zukunftsorientiert, als sie die „nachlaufende Erwartungshaltung“ ihrer Mitglieder für die „reine Lohnrunde“ zusammenstellte und in 13 regionalen Tarifkommissionen herausforschen ließ, welche Forderung in einem „ökonomisch schwierigen Umfeld“ „angemessen“ und „bezahlbar“ ist:

„Die Forderungsempfehlung setzt sich zusammen aus einer Preissteigerungsrate von bis zu 2 Prozent im Jahr 2002 und einer gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung von bis zu zwei Prozent. Es bestehe also ein kostenneutraler Verteilungsspielraum von etwa vier Prozent. Der Rest sind Umverteilung und Nachholbedarf.“ (Zwickel in IG Metall-Pressedienste 146/2001)

Die gewerkschaftlichen Tarifexperten rechnen felsenfest mit den kommenden Verschlechterungen für die Arbeiter durch das unternehmerische Treiben und zählen zusammen: erstens wird für den von der Gewerkschaft vertretenen Endverbraucher mit seinem fix gehaltenen Lohn natürlich wieder einmal alles teurer. Zweitens dreht die Arbeitgeberseite garantiert weiter an der Produktivitäts-schraube, also am Lohn-Leistungsverhältnis zu Lasten der Arbeiter. Davon gehen diese Interessenvertreter als selbstverständlich aus. Mit diesem zu Prozenten hochgerechneten proletarischen Schaden hat eine fordernde IG-Metall dann den „kostenneutralen“ „Spielraum“ für eine flexible „Verteilung“ ausgerechnet, die das Kapital in jedem Fall schon mal nichts kostet. Vom riesigen Nachholbedarf ist somit nichts weiter mehr als ein schäbiger „Rest“ von sage und schreibe 2,5 %-Pünktchen übrig geblieben. Natürlich wird gemäß innergewerkschaftlicher Forderungslogik dieser – leider kostentreibende – Bestandteil nur deswegen auf den kapitalunschädlichen Sockel draufgesattelt, um das Forderungsvolumen so weit aufzublasen, dass am Ende summa summarum eine – wie auch immer hoch gerechnete – vier vor dem berühmten Komma stehen kann. Jeder weiß das. Aber die Industriegewerkschaft Metall entblödet sich trotzdem nicht, für diese schöne Sorte „Umverteilung“ von „oben nach unten“ noch mit einem extra guten Grund Stimmung zu machen. Der ist zwar nicht neu im gewerkschaftlichen Begründungskatalog, aber dafür umso aktueller, weshalb die Gewerkschaften wild entschlossen sind, sich dieses Mal besonders hartnäckig beim Runterhandeln anzustellen: Die schlechten Zeiten! Nein, nicht die für Arbeiter – für das unternehmerische Geschäft. Die „leeren Taschen der Arbeitnehmer“ sind der „Konjunktur“ nicht mehr länger „als Risiko“ (Zwickel) zuzumuten. Das haben die volkswirtschaftlich bewanderten Tarifexperten der Gewerkschaft nach ausführlichem Studium der nationalen Kassenlage herausgefunden. „Radikale“ deutsche Gewerkschaften sind wirklich konsequent radikal: Kaum beschließt die IG Metall, dass in 2002 die lohnabhängig Beschäftigten „endlich mal dran“ sein müssen und in einer „reinen Lohnrunde“ ausnahmsweise mal nur an sich denken sollen, denkt sie bei diesem großen „Kontra“ mit „Geld, Geld, und nochmals Geld“ (IGM-Vize Peters) sofort wieder an das Eine: an das „lahmende“ volkswirtschaftliche Große und Ganze und die dafür erforderliche Gewerkschaftshilfe:

„Schluss mit der Debatte, Lohnverzicht schaffe Arbeitsplätze! Mehr Kaufkraft bedeutet höhere Nachfrage, und das wiederum kurbelt die Produktivität und somit auch den Arbeitsmarkt an.“ (Peters) „Die lahme Binnenkonzunktur muss angekurbelt werden. Dazu müssen und wollen wir mit unserer

Tarifpolitik einen Beitrag leisten.“ (Zwickel in IG Metall-Pressedienste 146/2001)

Kein Mensch geht arbeiten, damit sein Lohn als Kaufkraft fungiert, Umsätze steigert und Waren mit Gewinn versilbert; und kein Lohnarbeiter betrachtet seinen Geldbeutel als „Wachstumsmotor“ und Durchlauferhitzer, der einer „lahmenden Binnenkonjunktur“ und Beschäftigung auf die Sprünge helfen muss; geschweige denn, dass er ein Interesse daran haben könnte, mit seiner „Nachfrage“ irgendwie die „Produktivität“, und das heißt nichts anderes als den kapitalistischen Nutzeffekt seiner Maloche – oder die seiner Klassengenossen – „anzukurbeln“. Für eine moderne Gewerkschaft gibt es aber ganz einfach keine besseren Gründe für eine Hand voll Euros von der Gegenseite. Als schlagendes Argument für etwas mehr Geld in Lohnarbeiterhänden fällt ihr ein, dass der Lohn als „Massenkaufkraft“ doch eine überaus nützliche Funktion zum Unterhalt des gesamten kapitalistischen Ladens leistet und deshalb gerade in der Krise „nicht nur als Kostenfaktor“ (Zwickel) zu behandeln ist. Nämlich die Gewerkschaft ihre „Massenkaufkraft-Theorie“ auch nur halbwegs ernst, dann wäre eine ganz andere Forderung als 6,5 % fällig, von der schon bei der Aufstellung klar war, dass bestenfalls „eine 4 vor dem Komma“ als Kampfziel angepeilt ist. Wenn es zur „Ankurbelung“ einer „lahmenden Binnenkonjunktur“ wirklich, wenigstens der Gewerkschaft, auf das Geld in Arbeitnehmerhand ankäme: Wären dann nicht gleich 10 % am Platz? Oder gleich 20 % angesichts der schlechten Konjunkturlage?

Aber mit albernen „Argumenten“ sind gescheitete Forderungen nun mal nicht zu begründen; und so richtig versucht die IG Metall das auch gar nicht erst. Sie möchte ja bloß ihren Verhandlungspartner darum ersuchen, den Lohn „nicht nur“ als Kostenfaktor zu verbuchen, will den Arbeitgebern deren kapitalistische Rechnungsart also gar nicht bestreiten, sondern einen zusätzlichen Gesichtspunkt nahe legen. Und dabei macht sie sich gar nicht vor, die Gegenseite könnte das Eigeninteresse an Lohnsteigerungen, an das sie appelliert, wirklich haben: Weshalb müsste sie sonst daran appellieren?! Die Erinnerung daran, dass die gezahlten Löhne nach der Logik des kapitalistischen Wirtschaftskreislaufs gar keine andere Bestimmung haben als die, in die Kassen der Unternehmer zurück zu fließen, also nicht die entlohnten Arbeitnehmer reicher zu machen, sondern die Bereicherung der Kapitalisten zu vollenden, zu „realisieren“ – die Erinnerung der Gewerkschaft an diesen marktwirtschaftlichen Zynismus ist noch nicht einmal ein ernsthafter Appell an den Gegner und Tarifpartner, sondern dient einem höheren moralischen Zweck. Mit ihr will die IG Metall dem schlechten Eindruck entgegenwirken, sie habe womöglich die materiellen Interessen, den puren Eigennutz ihrer Klientel also im Auge, wenn sie auf die knapp 4 Prozent Lohnkorrektur, die sie tatsächlich anpeilt, noch mal knapp 3% draufschlägt, um sich die mit viel Theater abhandeln zu lassen, und dabei glatt um zweieinhalb Prozentpunkte über den Betrag hinausschießt, für den sie das ehrenwerte Argument der Wiederherstellung des Status quo vom letzten Mal ins Feld führen kann. Sie möchte selbst den von vorneherein abgeschriebenen Teil ihres „Forderungsvolumens“ moralisch genehmigt kriegen und beruft sich deswegen auf eine Wahrheit, die bloß moralisch überhaupt nichts zählt: dass die „kleinen Leute“ mit den „leeren Taschen“, die ihnen ihre gewerkschaftliche Lobby nach eigenem Eingeständnis mit eingebracht hat, als Lohn für ihre Ausnützung im Betrieb auch noch für die Versilberung der Ergebnisse ihrer Ausbeutung vorgesehen und verplant sind und fürs Wachstum des Kapitals in Anspruch genommen werden. Womit zumindest einmal mehr klargestellt wäre, wie gerecht die radikalste aller deutschen Industriegewerkschaften den Stellenwert des modernen Proletariats als kleines Rädchen im Umschlag des großen Kapitals findet.

Und wie ist das nun mit der neuen Begründung für Lohnerhöhungen „Massenkaufkraftsteigerung kurbelt den Arbeitsmarkt an“,? Sie ist wie das für diese Tarifrunde außer Kraft gesetzte Gesetz vom „Lohnverzicht für Arbeits-

plätze“ alles andere als ein volkswirtschaftliches Gesetz. Beide „Gesetze“ vertritt die Gewerkschaft je nach moralischem Bedarf. Sie führt sie nur ins Feld, um damit der Gegenseite auf dem Feld der Konkurrenz der moralischen Verantwortlichkeit den schwarzen Peter anzuhängen. Denn eines will sich die Gewerkschaft nie nachsagen lassen: Dass sie – was auch immer sie fordert – etwa die Interessen der Klasse vertritt, die sie organisiert. Sie will immer im Namen des Großen und Ganzen han-

deln; daher geht bei ihr keine Forderung ohne Berufung auf derlei ökonomische „Gesetze“. Einseitig Interessen vertreten, so etwas machen nur die Unternehmer. Deren Interesse ist allerdings das Gesetz dieser Wirtschaftsordnung. Und deswegen macht sich die Gewerkschaft mit jeder Tarifpolitik die gesamte Konsensrepublik zum Klassenfeind.

Leicht veränderter Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT 1 -02, S. 25 – 29

**GEGENSTANDPUNKT**  
Politische Vierteljahresschrift

**1-02**

**Der Krieg gegen den Terror**

Die Nach-Taliban-Ordnung: So kehrt Afghanistan in den Kreis der zivilisierten Nationen zurück  
Eskalation der Feindschaft zwischen Indien und Pakistan: erwünschte und unerwünschte Beiträge zum Antiterrorkrieg.  
USA verordnen Konkurrenz unter Kriegsbedingungen  
Euro-Staaten sehen sich nicht gerüstet  
Altes und Neuestes vom israelisch-palästinensischen Krieg und von seinen konkurrierenden Betreuern.

**Unbequemer Nationalismus in Europa**

Das „Problem Berlusconi“  
Vom Volksbegehren gegen Temelin zum Besuch im Irak:  
Haiders austro-nationales Leiden an Europa

**Chronik – Kein Kommentar**

ISSN 0941-5831 - 120 Seiten • 13.—.

Im Buchhandel erhältlich:  
Ex libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen  
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn,  
Bahnhofspl. 9, 90459 Nürnberg  
Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg  
Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg  
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg

Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag,  
Türkenstr. 57, 80799 München  
Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05  
Email: gegenstandpunkt@t-online.de  
Internet: www.gegenstandpunkt.com

**Amerikas Krieg gegen den Terror zeigt Wirkung**

Amerikas Krieg gegen den Terrorismus kommt voran. Die amerikanische Selbstkritik im Anschluss an das Attentat vom 11. September, man hätte es an der entschlossenen Erledigung Amerika störender nationaler Umtriebe fehlen lassen, zeigt Wirkung. Bei den bekriegten Objekten amerikanischer Unzufriedenheit, aber auch beim Rest der Staatenwelt, der sich durch die neue, von Amerika geschaffene Lage zu nationalen Anstrengungen herausgefordert sieht.

Praktisch betroffen ist als erstes Land **Afghanistan**: Schließlich haben die USA dort die bisherige Ordnung mit überlegener Gewalt vernichtet und ihre dauerhafte Aufsicht in Gestalt von Bomben und soldatischen Terrorkommandos etabliert. Auf dieser Grundlage haben sie dem Land eine neue Regierung spendiert, die nach allgemeiner Auskunft einen für überaus gut befundenen Auftrag zu erledigen hat: Sie soll, egal wie, die verfeindeten Clans einigen, und irgendwie dafür einstehen, dass in diesem Land wieder so etwas wie eine Führung, eine proweltliche versteht sich, existiert, so dass der „Terrorismus“ keine Chance mehr hat. Dabei helfen Amerika und Europa: Die einen mit ihrer ausgiebig wahrgenommenen militärischen Oberhoheit über das ganze Land, die anderen durch Beteiligung an amerikanischen Antiterrorereinsätzen und mit einer Schutztruppe, die wenigstens Kabul den Status einer befriedeten Zone in einem verwüsteten und unbefriedeten Land verleihen. Das ist er, der ganze schöne „Neuaufbau“, der Afghanistan im Gefolge der Petersberger Konferenz beschert worden ist und an dessen Ausgestaltung die Europäer sich konkurrierend beteiligen. Andere Länder ziehen aus dem Antiterrorkrieg der USA eigene Lehren: **Indien** z.B. fühlt sich dazu berechtigt, seinen eigenen Kampf gegen den Terrorismus zu führen und sich im Dauerstreits um Kaschmir gegen Pakistan drohend aufzustellen – und fordert damit die USA heraus. **Israel** sieht sich in seiner Definition einer terroristischen Bedrohung durch die Palästinenser bestätigt, greift zu immer gewalttätigeren Formen der Erledigung des

palästinensischen Anspruchs auf irgendeine Form von Eigenstaatlichkeit – und bekommt von den USA dafür weitgehend freie Hand. **Europas entscheidende Mächte** wiederum sehen sich als Konkurrenten der USA zu dem Eingeständnis genötigt, dass ohne einen weltweit wirksamen Militärapparat die erwünschte ‚Kompetenz‘ zum ‚Weltordnen‘ nicht zu haben ist – und konkurrieren um die national beste Bewältigung des holden Drangsals, dass Europa die erforderliche Gegenmacht nicht aufzubieten hat, bloße Beteiligung an Amerikas Dauerkampf aber europäische Weltordnungsansprüche auch nicht zufrieden stellt. Deshalb diskutieren sie ziemlich kontrovers über "Sicherheitsfragen", die sich wie selbstverständlich auf die Kontrolle der ganzen Welt erstrecken.

So beherzt jeder auf seine Weise die von Amerika ergangene imperialistische Botschaft, dass Weltordnung eine Frage der Staatenkontrolle, der entschlossen zur Geltung gebrachten überlegenen Gewalt ist. Gegen wen und wie, das sind die Fragen, deren Antworten gegenwärtig Amerika vorgibt.

**Zwei Mal unbequemer Nationalismus in Europa**

Von **Jörg Haider** weiß man es ja längst. Dieser Mann ist für ‚uns‘ nicht tragbar. Das hat er jetzt wieder mit seiner Kampagne für ein Volksbegehren gegen das tschechische AKW in Temelin und mit seinem Kurzbesuch bei Saddam Hussein bewiesen. Aber auch ein weit gewichtigerer Mann, der italienische Regierungschef **Berlusconi** gibt ‚uns‘ seit seinem Regierungsantritt Anlass zu ersten Bedenken. Der ‚Medienzar‘ und ‚Kaiser von Rom‘ missbraucht das Staatsamt zur Durchsetzung persönlicher Geschäftsinteressen, greift aus durchsichtigen Privatmotiven unzulässig in die Justiz ein und hindert ‚Europa‘ durch seinen Quertreibereien am Vorankommen. Die kritischen Begutachter entdecken lauter Verstöße: gegen gute demokratische Gepflogenheiten, gegen rechtsstaatlichen Anstand, gegen ordentliche Gewaltenteilung im Staat, gegen die gebotene nationale Zurückhaltung, gegen die anerkannten europäischen Erfordernisse... Das ist ‚Nationalismus‘, den ‚wir‘ gar nicht mögen. ‚Wir‘, das sind die Sprachrohre und politischen Sittenwächtern eines immer mehr ‚zusammenwachsenden‘ Europa. Solche Beschwerden erheben allerdings Kommentatoren, die ihrerseits durchaus fordern, dass der Ausländerzuzug streng reglementiert gehört, dass die EU-Beitrittskandidaten sich ‚unseren‘ Forderungen – nicht zuletzt in Atomenergiefragen, aber auch in den immer noch anhängigen zwischenstaatlichen Streitpunkten von der Art der Benes-Dekrete – anzubequemen haben; dass Europa eine selbstbewusstere Außenpolitik auch und gerade gegenüber Amerika gut anstünde... Solche Kritik äußern Begutachter, die sich an einer Politik im Interesse ‚der Wirtschaft‘, an ‚Privatisierung‘ staatlicher Aufgaben, an mehr ‚Effizienz‘ und ‚Führungsstärke‘ im Staat und schon gleich an einer Europapolitik im ‚wohlverstandenen‘ eigenen nationalen Interesse im Prinzip und im eigenen nationalen Rahmen überhaupt nicht stören.

Bleiben zwei Fragen: Was Berlusconi bzw. Haider jeweils wirklich Abweichendes wollen bzw. machen; und woran sich ihre europäischen Kritiker in politischen Ämtern und in der Öffentlichkeit wirklich stören.

**Ferner in der Chronik – Kein Kommentar:**

WTO-Konferenz in Doha erfolgreich: Der „Wohlstand für alle“ ist nicht mehr aufzuhalten! · Washington lässt Biowaffenkonferenz scheitern · Mainzer und andere Modelle zum „Kombilohn“ · Käfige, Gehege oder Zellen? Wie sind Taliban korrekt zu internieren? · V-Mann-„Skandal“ gefährdet NPD-Verbot · Der Streit um den „blauen Brief“ für die deutsche Haushaltspolitik: Deutschland bestehe auf einer Sonderrolle in Europa · u.a.m.

**DIE NEUEN LEIDEN DES GROSSEN D – Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten**

sich die nationale Führung nicht so recht bekennen, und auch die öffentliche Pflege des Stolzes auf „unsere Jungs“, die sich unter gefährlichen und feindseligen Umständen bewähren und *deutsche* Kriegserfolge einfahren, hält sich sehr in Grenzen.

• So verfügt Deutschland z.B. über eine Spezialtruppe, KSK genannt, die noch einige Wochen zuvor in Fernsehberichten ob ihrer guten Ausbildung und Kampfkraft gerühmt wurde und von der es hieß, auch die USA hätten sich sehr anerkennend über sie geäußert. Dann vermeldet das US-Verteidigungsministerium, dass eben diese Truppe auch an – amerikanisch befehligten – Kämpfen in Nordafghanistan beteiligt ist. Und merkwürdigerweise zeigt sich die deutsche Regierung von dieser Meldung nun peinlich berührt, sie beschwert sich sogar bei den amerikanischen Stellen – Berlin hätte die Beteiligung seiner Spitzenleute am liebsten geheim gehalten.

• Das zweite, größere deutsche Kontingent in Afghanistan ist Bestandteil der ISAF-„Friedensmission“ in und rund um Kabul. Wenn Schröder oder Scharping sich zu dieser „Mission“ äußern, legen sie großen Wert auf die Feststellung, *wie wenig kriegerisch* unsere gute Truppe dort unterwegs ist. Sehr „zivil“ sind ihre Aufgaben, als da wären: In unsicheren Straßen für Ordnung sorgen, beim Wiederaufbau helfen, eine einheimische Polizeitruppe aufbauen, Erdbebenopfer bergen und – nicht zuletzt – der afghanischen Frau einen angemessenen Platz im öffentlichen Leben sichern. Und das sei doch schon grundsätzlich etwas anderes und unterscheide sich auch wohltuend von dem, was die USA dort betreiben: Die betätigten sich nämlich immer nur im Sinne einer „*aufs Militärische verengten Sichtweise*“, die schießen und zerstören vor allem, wohingegen Deutschland das große Ganze, nämlich „Frieden und Stabilität“, die sich durch bloßes Draufhauen doch nicht einstellen, im Blick hat.

Sowohl was die KSK als auch was die ISAF-Truppe angeht, ist die Regierung auffällig bemüht, den Charakter des deutschen *militärischen* Engagements deutlich von dem der Führungsnation USA zu unterscheiden. Das verdankt sich einem Widerspruch, in dem sich die deutsche Beteiligung am „Krieg gegen Terror“ bewegt: Einerseits gibt es für eine Nation mit Weltmachtambitionen keine Alternative zum Dabeisein. Wenn die USA die Welt aufmischen, kann Deutschland nicht abseits stehen, es muss – wie Außenminister Fischer beteuert – „fest an der Seite Amerikas stehen“, um seiner „*gewachsenen Verantwortung*“ gerecht zu werden. Erst recht hat es keine Alternative zu der Art, wie die USA die Welt aufmischen, nämlich mit dem Einsatz weit überlegener Gewaltmittel. Damit ist auch schon der Widerspruch angesprochen, in dem sich die deutsche Kriegsbeteiligung befindet. Eben weil die USA die höchsten Fragen der – gewaltsamen – Weltordnung auf dem Tisch bringen, ruft dies dringend nach der „deutschen Verantwortung in der Welt“, also einer deutschen Beteiligung daran. Andererseits tritt dabei umso deutlicher hervor, wie wenig dieses Mitmachen beim US-Krieg die „deutsche Verantwortung in der Welt“ tatsächlich voranbringt. Denn die USA lassen ja militärisch wie diplomatisch keinen Zweifel aufkommen, dass ausschließlich *sie* mit ihrer überlegenen Gewalt zuständig und fähig sind, diese Fragen aufzuwerfen und zu beantworten. Angesichts dessen – dass nämlich die deutsche Regierung nicht selbst die *politischen Absichten und Strategien* dieser Kriegseinsätze setzt, dass sie daran nicht *bestimmend* mitwirkt, dass sie dabei doch immer nur *Anhängsel* der USA ist –, angesichts dessen verfällt die deutsche Regierung darauf, zu ihren *eigenen* Kriegseinsätzen eine *distanzierte Stellung* einzunehmen. Damit drückt sie aus: Deutschland ist an diesem Krieg beteiligt und kann und will sich dem nicht entziehen – aber dieser Krieg ist nicht *sein* Krieg, es ist nicht imstande, eine eigenständige ordnungsstiftende Gewalt, alternativ zu der der USA aufzubauen. Und *deswegen* kommt es zu so merkwürdigen Interpretationen des eigenen Kriegseinsatzes:

• Da darf die gute deutsche KSK-Kampftruppe mal echt mitkämpfen, aber nur in einer ganz untergeordneten Funktion, ganz unter amerikanischem Kommando und ganz gewiss nicht mit einer kriegsentscheidenden Bedeutung. Daher wird der KSK-Kampfeinsatz fast verschwiegen und es kommt kein Stolz auf „unsere tapferen Jungs“ auf: Gerade an dieser kämpfenden Truppe zeigt sich ja, wie wenig Deutschland hinsichtlich Zielsetzung und Ausgang dieses und anderer Kriege zu sagen hat.

• Was die ISAF-Truppe angeht, sind es wieder die USA, die deren Ziele und Reichweite definieren. Amerika kommt es in dieser Gegend darauf an, jeden Rest von terroristischem Widerstand ein für allemal auszurotten, an einem „Wiederaufbau“ ist es erst dann und nur sehr begrenzt interessiert – und seine Verbündeten dürfen sich in *diesem* bescheidenen Rahmen damit nützlich machen, mit ein paar Aufräumarbeiten nachzuklappen und so etwas wie den Schein einer eigenen afghanischen Staatlichkeit zu erzeugen. „*Sekundäre Hilfsdienste*“ wollte Kanzler Schröder nicht mehr übernehmen, diese „*Etappe der Nachkriegspolitik*“ sollte überwunden sein – aber so hat sich der deutsche Kanzler das nicht vorgestellt, was ihm nun *zwangsweise* in den Schoß gefallen ist, weil Deutschland sich eine Beteiligung an diesem Krieg ergattern will. Weiterhin verrichtet Deutschland zwar militärische, aber dennoch *Hilfsdienste* unter dem Kommando der USA. Derartige Einsätze jedoch findet der Kanzler zu der Stellung nicht passend, die er für Deutschland weltweit beansprucht. So ist es dann auch gar kein Wunder, dass die ISAF-„Friedensmission“ zwar sehr wegen ihres „zivilen“ Charakters gelobt wird, Deutschland sich aber gleichzeitig dagegen verwahrt, die Führung dieser wertvollen „Mission“ zu übernehmen: Damit würde man ja seine untergeordnete, dienstleistende Stellung akzeptieren, eine Stellung, mit der umgekehrt bei den wirklich spannenden und herausfordernden Ordnungsfragen kein Blumentopf zu gewinnen ist.

Somit wird letztlich auch der Grund für dieses penetrante Herumreiten auf einer „zivilen“ Note des eigenen militärischen Einsatzes deutlich. Das macht man, weil man eine Alternative zur US-Kriegführung nicht hat, außer eben einer *ideologischen*: Deutsche Politiker tun so, als wäre ausgerechnet das „Zivile“ der wirklich zählende Inhalt der kriegerischen Aktion. Deutschland stellt sich damit dar als ein notwendiges Korrektiv der „*aufs Militärische verengten Sichtweise*“ der USA, wenn nicht gar als die bessere Alternative dazu. So funktionieren diplomatische Einsprüche eines ambitionierten Juniorpartners gegen das Kriegsprojekt der großen Weltmacht. Die legt für ihre Verbündeten deren weltpolitischen Handlungsspielraum fest – und stößt Deutschland immer wieder darauf, wie *begrenzt* dieser Handlungsspielraum ist. *Darunter* leidet Deutschland.

Die kritischen Anmerkungen einer Mitmachernation zum Krieg der USA zeigen also zweierlei: Wie gerne Deutschland – im Verein mit der EU – den USA die Rolle als alleinige Weltordnungsmacht streitig machen möchte und wie sehr es darunter leidet, noch so weit davon entfernt zu sein.

(Nachdruck, Radio Lora vom 15.04.02)

\*

Weiterführender Lesetipp zu den neuen Leiden des großen D und seiner EU-Partner:

Eine „Münchener Sicherheitskonferenz“ und die EU-Außenminister ziehen erste „Lehren aus Afghanistan“:

USA verordnen Konkurrenz unter Kriegsbedingungen – Euro-Staaten sehen sich nicht gerüstet

- Eine Bedrohungslage neuer Art
- „Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen“ (Mao Ze Dong) – aus der erpresserischen Wucht der Waffen eben!
- Die Degradierung der Staaten Europas zu eher untauglichen Helfershelfern
- Der verlogene Einspruch der Europäer – Eingeständnis imperialistischer Verlegenheit und Anspruch auf eigene Machtentfaltung

In GEGENSTANDPUNKT 1-02, S. 75 – 82, erhältlich im Buchhandel oder beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München

Die SG veranstaltet einen regelmäßigen Diskussionstermin alle 14 Tage mittwochs, 20.00 Uhr. Themen werden durch Aushang, hier in der SHZ und unter [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de) im Internet angekündigt.

## Arbeitslosigkeit

Dass viele keine Arbeit und ohne Arbeit kein eigenständiges Einkommen haben, gilt allgemein als ein *gesellschaftliches* Problem. Nicht die Armut der Arbeitslosen, sondern dass sie den Sozialkassen zur Last fallen, gilt als Missstand, der abgeschafft gehört. Und die Politik nimmt sich dieses Problems an: An zu hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, „überzogenen“ Arbeitsschutzgesetzen, zu hohen Sozialleistungen und zu geringer Lebensarbeitszeit werden lauter „Beschäftigungshindernisse“ entdeckt und abgebaut. Die kritische Öffentlichkeit begleitet alle Maßnahmen mit der Frage, ob auch wirklich das Mögliche getan wird, um Arbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen.

Über eines muss man sich dabei schon wundern: Wenn es nicht mehr so viel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit, und auch noch so viele voll gepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

In einer Gesellschaft, in der es das Problem der Arbeitslosigkeit gibt und in der „Beschäftigung“ gleichbedeutend ist damit, von den Besitzern der „Arbeitsplätze“ immer mehr Arbeitsleistung zu fordern und ihnen zugleich immer weniger dafür zu geben, da dient die Arbeit und die Steigerung ihres Wirkungsgrades ganz offensichtlich nicht der beständig verbesserten Versorgung der Gesellschaft mit nützlichen Dingen, sondern fremden Zwecken, die den Arbeitern gar nicht bekommen.

Sich die klarzumachen, kann ja wohl nichts schaden. Gelegenheit dazu gibt es auf unserer

**Diskussionsveranstaltung  
am Mittwoch, den 22. Mai 2002, 20.00 Uhr s.t.  
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1.OG), Erlangen.**

Fortsetzung des Themas am 5. Juni 2002.

### GESCHICHTE

Und einzig und allein dieses Verfahren ist es, das in die *Erzählungen*, Berichte und Anekdoten der Geschichtswissenschaft überhaupt erst das *Beurteilende*, den Schein von Durchblick hineinbringt. Anders gesagt: Geistige Spannung in ihr Fach bringt die Geschichtswissenschaft durch die hemmungslose Verwendung von Metaphern und der Modalverben „können“ und „müssen“.

### 4. Die Leistung: Verherrlichung erfolgreicher Gewalt

#### Parteilichkeit I: So musste es kommen und so ist es recht

Das Resultat der Geschichtswissenschaft besteht in der ganz prinzipiellen *Rechtfertigung* all dessen, was es gab und gibt: Was passierte, *musste* auch so kommen – das ist die erste Lehre der Geschichtswissenschaft. Was sich durchsetzte, dessen Sieg war unausweichlich, weil es seine historischen Bedingungen vorfand; und was unterging, musste von der historischen Bühne verschwinden, weil es überholt war. Damit sind alle historischen Ereignisse für *unausweichlich*, also *unwidersprechlich* und *unkritisch* erklärbar.

Und jeder kennt es, wie sich damit die Weltgeschichte bis in die Attribute hinein fast schon wie von selbst schreibt. Z.B. das alte Rom: Erst war es *blühend*, hatte eine *hochstehende* Kultur, *moderne* cives, eine *imposante* Flotte und *überzeugende* Rhetoriker („*ceterum censeo...*“), mit denen sich jeder Krieg *gewinnen* ließ; dann begann der *Verfall*, die Bürger wurden *dekadent*, der Kaiser war *wahnsinnig*, die Schlachten gingen reihenweise *verloren*, bis das dem Untergang *geweihte* Riesenreich zu Staub zerfiel – die kursiv gesetzten Worte sind das ganze Argument und ergeben zusammengenommen *das* gedankliche Kriterium der Geschichtswissenschaft: Die Erfolgreichen verdienen Erfolg, Versager die Niederlage. In den Genuss des Prädikats „historisch notwendig“ gelangen also all die Zwecke, die sie *durchsetzten*. Historiker sind damit grundsätzlich *Parteiläufer der erfolgreichen Gewalt*.

Noch jeder Historiker meint, es sei „von Vorteil, das Ende zu kennen“, gibt also zu, im historischen *Resultat* den Anhaltspunkt seiner Konstruktionen zu haben. Der Erfolg in der Zeit ist der *einzigste Maßstab* des historischen Dogmas: Ohne zu wissen, wer gewonnen hat, lässt sich schließlich nicht schlaue deduzieren, was historisch notwendig war und was nicht! Mehr als die nachträgliche Rechtfertigung von all dem, wovon sie wissen, dass es sich durchgesetzt hat, ist also von Historikern nicht zu erwarten.

**Parteilichkeit II: Und was (uns) nicht recht ist, hätte nicht so kommen müssen, wenn ...** Als Parteiläufer der erfolgreichen Gewalt halten Historiker erst einmal alles, was eingetreten ist, deswegen für berechtigt; sich durchgesetzt zu haben verleiht in ihren Augen jedem

### Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4

Anliegen die höhere Weihe einer historischen Notwendigkeit. Neutral, aber nicht wertfrei erklären sie die Überlegenheit der erfolgreichen Gewalt zu deren gutem Recht: Jeder Erfolg *ist* „verdient“, weil er eingetreten ist. Selbst so hässliche Ereignisse, wie die Oktoberrevolution und der Faschismus, die sich der intimen Feindschaft freiheitlicher Historiker erfreuen, kommen in den Genuss des Prädikats „historisch notwendig“, denn auch sie sind nun einmal passiert ...

Umgekehrt trifft es sich da ganz gut, dass die Historikertour der Beweihräucherung für ihre Umkehrung wie geschaffen ist: Wenn alles, was eingetreten ist, seine Notwendigkeit nur dadurch erhält, dass seine historischen *Voraussetzungen* vorlagen, braucht man das Argument nur umdrehen und die bloß *relative* Notwendigkeit eines unliebsamen Events zu betonen, um seiner moralischen und politischen Missbilligung Ausdruck zu verleihen: Das missliebige Ereignis war erstens doch *bloß* deswegen unausweichlich, weil seine Bedingungen vorhanden waren; und zweitens waren es bloß *Bedingungen*, die nichts begründen, sondern nur wegen Fehlern, Versagern und bösem Willen der verantwortlichen Subjekte wirksam wurden. Statt zu betonen, wie unausweichlich eine Machtergreifung, eine Epoche oder ein Krieg gewesen sind, muss man nur fragen, ob daaaaaa denn *wirklich* nötig gewesen wäre, und siehe da: *Wäre* eine der siebzehn „Bedingungen“ *zufällig* ausgeblieben und *hätten* die Zuständigen besser getickt, wäre alles *ganz anders* gekommen, oder zumindest ein bisschen: *Hätte* Lenin nicht im plombierten Wagon durch Deutschland nach Hause fahren dürfen, und *wären* die liberalen Kräfte in Russland nicht so zerstritten gewesen ...; *hätten* sich die Massen vom ‚Anstreicher‘ aus Österreich nicht so blenden lassen, *wäre* Weimar keine ‚Republik ohne Republikaner‘ gewesen, *hätten* die demokratischen Parteien Weimars mehr Härte gezeigt und *hätte* Hitler keinen Zweifrontenkrieg geführt ... –, *dann*, ja dann hätte alles ganz anders sein können!

Das Verfahren ist stets das selbe. Was bei diesem rückwärtigen Verdolmetschen der Geschichte als Resultat und was als Bedingung genommen, was als notwendig und was als Unglück qualifiziert, was als zeitgemäß oder nicht, und was als Erfolg oder Misserfolg gewertet wird, kann sich gar nicht am historischen Argument entscheiden: Denn mit diesem Verfahren kann man alles und jedes als notwendig oder bloß bedingt, als Anfang vom Ende oder Anfang eines Neubeginns behaupten. Für welche Seite oder welches Vorhaben man sich jeweils entschließen mag, entscheidet sich deswegen getrennt vom historischen Argument nach der vorgängigen politischen *Einstellung* des Historikers. Und wie man in die Quelle hineinruft, so schallt es dann auch wieder heraus!

Die Redaktion des GEGENSTANDPUNKT-Verlags kommentiert regelmäßig aktuelle politische Ereignisse in Radio Lora, München. Die wöchentlichen Analysen können unter folgender Adresse nachgelesen werden:

<http://home.link-m.de/lora/gegenstp/index.htm>